



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 16. März 2021  
Kantonsratspräsidentin Fanaj Ylfete

### **P 508 Postulat Huser Barmettler Claudia und Mit. über einen Massnahmenplan für eine verlässliche Perspektive und Stärkung unserer KMU-Landschaft im Kanton Luzern / Finanzdepartement**

Das Postulat P 508 wurde auf die März-Session hin dringlich eingereicht.  
Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab.  
Claudia Huser Barmettler hält an der Dringlichkeit fest.  
Voten sind unter dem [Postulat P 507](#) zu finden.

Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 106 zu 3 Stimmen zu.

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.

Jörg Meyer beantragt teilweise Erheblicherklärung.

Claudia Huser Barmettler hält an ihrem Postulat fest.

Claudia Huser Barmettler: Mir ist klar, dass es nicht allen Branchen schlecht geht, es gibt sogar Branchen, die trotz der Pandemie Chancen nutzen können. Leider ist das aber nicht bei allen so; wir sind ein Tourismus-Kanton, und wir wissen, der Tourismus wurde von der Pandemie hart getroffen. Der Tourismus wird sich nicht so schnell davon erholen, wie man es bei anderen Branchen erhoffen kann. Gerade die internationalen Touristen werden nicht sofort wieder nach Luzern kommen, auch wenn sich die Lage verbessert hat. Ich gebe zu, dass die Formulierung meines Postulats nicht perfekt ist, darum nutze ich die Chance, mein Anliegen mündlich zu begründen. Wir wissen nicht, welche Schritte die Regierung geplant hat und was sie in den nächsten Monaten zu tun gedenkt. Unserer Meinung nach wartet der Kanton Luzern immer auf den Bund, und erst dann spricht er ein Dekret. Aus unserer Sicht hinken wir so der aktuellen Lage hinterher. Der Kanton Luzern braucht ein eigenes Konzept und soll agieren statt reagieren, das fordere ich mit meinem Postulat. Anlässlich der Corona-Sondersession hat uns die Regierung das Positionspapier Wirtschaft präsentiert. In diesem Positionspapier hat die Regierung einen Drei-Punkte-Plan vorgelegt: Erstens ist der Bund im Lead. Zweitens wird der Informations- und Kommunikationsaustausch mit Wirtschafts- und Interessenvertretern gepflegt; dort hapert es meiner Meinung nach. Drittens springt der Kanton Luzern dort ein, wo Lücken für die Luzerner Wirtschaft bestehen. Ziehen wir eine Zwischenbilanz nach zehn Monaten, müssen wir leider sagen, dass zwei dieser drei Punkte nicht genügend umgesetzt wurden. Die bisherigen Massnahmen gehen wenig oder gar nicht über das hinaus, was der Bund beschlossen hat. Trotz regelmässiger Aufrufe an die Regierung zu einer verständlicheren, proaktiveren Kommunikation auf Augenhöhe mit der Bevölkerung sind bei den Unternehmen das Unwissen und das Unverständnis spürbar. Uns fehlt es an einem solchen Konzept. Wenn es ein solches gibt, reicht es uns, wenn die Regierung es uns entsprechend kommuniziert und die Luzerner Wirtschaft informiert. Ich bin mit der Regierung darin einig – und hier komme ich auf die etwas unklare Formulierung meines Postulats zurück –, dass es dafür keinen Bericht braucht. Aber wir brauchen einen Plan, der kommuniziert wird. Natürlich wissen wir nicht, wie sich diese

Pandemie noch entwickeln wird, aber trotzdem ist eine ungefähre Planung möglich. Ich bin mit dem Antrag von Jörg Meyer auf teilweise Erheblicherklärung einverstanden.

Jörg Meyer: Das Postulat spricht richtige und wichtige Themen an, aber der vorgeschlagene Weg ist zum Teil falsch. Wir brauchen keinen Massnahmenplan, das heisst einen Planungsbericht. Es sind wichtige Themen im Bewusstsein, dass diese Sicherheit und diese Perspektive für die Wirtschaft schwierig zu schaffen sind. Wir müssen auf zwei Pfeiler setzen: So braucht es eine laufende Umsetzung, ein laufendes Navigieren, gleichzeitig müssen wir die Diskussion aber auch auf einen längeren Horizont ausrichten. Aus diesem Grund unterstützen wir das Postulat. Insgesamt verlangt die Postulantin wohl zu viel – Perspektiven für die Wirtschaft, Gesetzesanpassungen, andere Dekrete, Finanzhilfen –, aber die Stossrichtung stimmt. Der Kommunikationsanspruch aus dem Positionspapier, den sie konstatiert, ist nicht erfüllt. Eine Anmerkung zu den Ausführungen des Gesundheits- und Sozialdirektors sowie des Finanzdirektors: Gute Kommunikation heisst nicht einfach viel Kommunikation. Vielleicht sind dann 17 Medienmitteilungen und 10 Medienkonferenzen eben genau die Hälfte zu viel, und die wirklich relevante Kommunikation geht dabei unter. Nicht die Menge der Kommunikation ist entscheidend, sondern die Qualität. Ich empfehle Ihnen, der teilweisen Erheblicherklärung des Postulats zuzustimmen.

Helen Affentranger-Aregger: Die im Postulat geäusserten Aussagen betreffend die verlässliche Perspektive, welche die Luzerner Wirtschaft braucht, unterstützen wir. Einen weiteren Massnahmenplan dafür auszuarbeiten, erscheint uns aber unrealistisch und auch unnötig, zumal dies viel zu viele Ressourcen binden würde, die im Moment anders eingesetzt werden sollten. Das Positionspapier der Hochschule Luzern vom 9. Juni 2020 beinhaltet strategische Handlungsleitsätze und entsprechende Massnahmen. Gemäss Stellungnahme der Regierung hat dieses Papier weiterhin Gültigkeit und wird laufend konsultiert. Um die Wichtigkeit dieses Positionspapiers zu unterstreichen und insbesondere auf die noch bessere Umsetzung der Punkte zwei und drei des Drei-Punkte-Plans hinzuweisen, wird die CVP-Fraktion das Postulat teilweise erheblich erklären.

Heidi Scherer: Die Forderung nach einem Massnahmenplan, wie der Kanton Luzern in den kommenden Monaten die Luzerner Wirtschaft mit Finanzen nachhaltig sichern und stärken kann, würde grundsätzlich Sinn machen, wenn ein solcher nicht schon vorhanden wäre. Auch wir wollen wie die Regierung keinen weiteren Massnahmenplan oder einen grundlegenden Strategiewechsel. Wir sind aber interessiert daran, dass die pendenten, neuen Grundlagen des Bundes analysiert und in dem Sinn umgesetzt werden, dass die von der Pandemie besonders betroffenen Betriebe im Kanton Luzern zielgerichtet unterstützt oder weiter unterstützt werden und damit ihre Zukunftschancen intakt bleiben. Seit Monaten beschäftigen sich einige mit fast nichts anderem, als zu überlegen und zu entscheiden, wie in der Wirtschaft Corona-Konkurse verhindert und Arbeitsplätze gesichert werden können. Da ist es auch einmal an der Zeit, für dieses Engagement Danke zu sagen. Die grosse Herausforderung ist es, aufgrund der wiederholt ändernden, jedoch nötigen Bundesvorgaben die laufenden Prozesse möglichst rasch und zur Zufriedenheit einer grossen Mehrheit anzupassen. Es ist aber immer schwierig, wenn die Spielregeln angepasst werden. Prüfwert und eigentlich ein Dauerauftrag auch für die Zukunft ist es, gesetzlich verankerte Bremser für rasche Entscheide oder flexibleren Spielraum herauszufiltern und wenn nötig die entsprechenden Änderungen vorzunehmen. Ein solcher Bremser könnte beispielsweise die heutige Grenze von 25 Millionen Franken für Ausgaben ohne obligatorisches Referendum sein. Der Kanton Luzern hat – abgestimmt auf die Bundesmassnahmen – einen Strauss von zusätzlichen Massnahmen und ist auch bereit, diese bei Bedarf anzupassen. Mit der intensiveren Kommunikation sollte dies in der Bevölkerung zukünftig besser wahrgenommen werden. Eine losgelöste, nicht auf den Bund abgestimmte „Aktionitis“ ist aus unserer Sicht nicht zielführend. Im Sinn einer Sensibilisierung unterstützt die FDP-Fraktion die teilweise Erheblicherklärung des Postulats.

Armin Hartmann: Ich habe gestern und heute schon mehrfach erklärt, dass es sich bei der Pandemiebekämpfung um einen Schuss auf ein bewegliches Ziel handelt. Werden während dieser Zeit am Morgen Berichte geschrieben oder Strategien festgelegt, sind diese in der

Regel am Nachmittag bereits wieder veraltet. Aus diesem Grund lehnt die SVP-Fraktion das Postulat ab, denn zum heutigen Zeitpunkt bringt es keinen Mehrwert, auch wenn wir strategische Vorgaben befürworten. Aufgrund der Ausführungen der Regierung stelle ich fest, dass zahlreiche Massnahmen vorhanden sind. Wie es der Gesundheits- und Sozialdirektor richtig gesagt hat – und das deckt sich absolut mit unserer Position –, müssen wir lernen, mit diesem Virus zu leben. Für uns bedeutet das, dass der Lockdown so schnell wie möglich beendet werden muss; das ist die höchste Qualität an Perspektive, die wir unserer Wirtschaft geben können. Aber auch darüber hinaus, wenn es um Hilfe geht, hat die Regierung eine klare Strategie dargelegt. Diese haben wir heute zusammen mit dem Postulat P 516 von Gaudenz Zemp entsprechend eingestellt: Zuerst sollen die Bundesentscheide abgewartet und erst dann eigene Massnahmen aufgebaut, den zuständigen Organen vorgelegt und danach umgesetzt werden. Auf diese Weise müssen wir zusammen in die Zukunft gehen. Begleitend dazu braucht es eine gute Kommunikation und ein transparentes Arbeiten, und die Verbände sollen mit einbezogen werden. Gleichzeitig, und das ist genauso wichtig, müssen wir Sicherheit ausstrahlen. Diesbezüglich muss ich der Regierung einen Kranz winden. Ich erkenne durchaus governative Qualitäten, man ist staatspolitisch souverän und stellt sich den Fragen, und – was besonders wichtig ist – man ist bereit, eigene Positionen zu überdenken. Wenn unser Rat etwas anderes wollte, hat die Regierung immer reagiert. In diesem Sinn beurteile ich es als ein Miteinander von Regierung und Parlament. Genau das brauchen sowohl unsere Wirtschaft als auch unsere Bevölkerung während dieser Krise. Wir müssen zusammenstehen und nach vorn schauen, und wir müssen Gemeinsamkeiten finden und nicht Differenzen, sonst schaffen wir in dieser schwierigen Zeit Unsicherheit. Das Postulat bringt keinen Mehrwert, und das liegt nicht nur an der Formulierung.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Der Vorstoss legt dar, dass sich die Luzerner Wirtschaft als Ganzes in einer sehr schlechten Situation befinde. Glücklicherweise ist diese Darstellung falsch. Es gibt Branchen und Betriebe, die von der aktuellen Situation hart betroffen sind und unsere Unterstützung benötigen. Aber die Formulierung, dass man seitens der Regierung keine Strategie erkenne, kann ich nicht teilen. Das Postulat fordert ein Giesskannenprinzip, wir sind aber der Meinung, dass es dort eine gezielte Unterstützung braucht, wo es notwendig ist. Die zusammen mit der Hochschule Luzern erarbeiteten Papiere haben für uns nach wie vor Gültigkeit. Jetzt parallel zur Optimierung der Härtefallunterstützung ein Strategiepapier über die Unterstützung der Luzerner Wirtschaft zu verlangen, scheint uns ein etwas gar hoher Anspruch zu sein. Wir sollten uns nun auf das Wesentliche konzentrieren können, so wie wir es auch heute Morgen diskutiert haben. Deshalb bitte ich Sie, das Postulat abzulehnen.

Der Rat erklärt das Postulat mit 54 zu 49 Stimmen teilweise erheblich.